

sch einzelne, von dem Treiben angewidert, zurückziehen. Sonst wird die Wirkung nur in Verschiebungen innerhalb der drei marxistischen Heerläufen bestehen. Das wird sehr interessant zu beobachten sein; die Gefahr aber wird dadurch nicht vermindert. Es wäre von vornherein verfehlt, wenn die bürgerliche Seite die Kraft des Gegners unterschätzen würde und sich mit Spekulationen auf seine Unfähigkeit in Sicherheit einlassen ließe.

Schließlich steht es ja mit der Einigkeit auf der anderen Seite auch nicht besser aus. Die verschiedenartigen Teile der Koalition von den Sozialisten bis zu den Deutschnationalen wurden bisher so recht und schlecht zusammengehalten durch die Scheu vor der Auflösung und ihren Folgen. Jetzt werden sie auseinanderfallen und sich nicht mehr kennen, bis der Wahlfampf vorbei ist. Und auch die kleinen Splittergruppen werden wieder auf der Walfahrt ersehnen und versuchen, wie sie den Großen da und dort einen Napfen wegschnappen können. Der Ruf nach der bürgerlichen Einheit ist front drüben nicht wieder auf, dringender als je. Wenn man schon seiner Partei die Selbstauflösung zumuten kann, so bleibt doch zu hoffen, daß die Einsicht der Gefahr zu Wahlabschwächen führen wird, in denen auf der bürgerlichen Seite die Wettbewerbsgrenzen so gesteckt werden, wie es gegenüber der marxistischen Front geboten ist.

Das wird um so leichter fallen, je gründlicher man sich jetzt schon überlegt, was eine rote Landtagsmehrheit für Sachverhalte bedeuten würde. Die Erinnerungen der Schreckenszeit von 1919 bis 1923 drängen sich da auf, von der Errichtung einer Sowjetrepublik über die bolschewistische Umtriebe bis zum Reigenregiment. Und selbst wenn eine Wiederholung in dieser Art nicht möglich wäre, weil die Verhältnisse im Reich doch

inzwischen einigermassen befestigt sind, dann bliebe doch im besten Falle eine ununterbrochene Reihe von krisenhaften Erschütterungen und die dauernde Unmöglichkeit, das Land Sachsen irgendwie zu regieren. Man kann sich zwar vorstellen, daß unsere Sozialisten ideologisch leicht eine Brücke zur Gemeinschaft mit den Kommunisten finden könnten; unvorstellbar ist aber der Gedanke, wie eine solche Regierung von Renner bis Weimann neben der Reichskoalition von Severing bis Stresemann existieren sollte. Reibungen ohne Ende und am Schluß vielleicht eine neue Exekution wären die Folge. Und die schärfste Wirtschaft, von der wir alle leben, könnte darüber zum Teufel gehen. Gewiß ließe sich nach einer anderen Lösung denken in Gestalt einer Großen Koalition auch für Sachsen. Aber dazu scheint unsere Sozialdemokratie heute weniger reif als je. Sie möchte ihre ganze Vergangenheit verleugnen; ihr Kampf gegen den alten Vandtag, die Auflösung, die Reumachen, alles hätte seinen Sinn verloren, alles wäre eitel Pöbe und Spiegelscherelei gewesen.

Aus alledem ergibt sich klar die Folgerung: der 12. Mai muß den 20. Mai wieder aufheben. Der marxistische Mann muß gedrohen werden. Eine kompakte bürgerliche Mehrheit muß entstehen, die in sich stark genug zur Regierung ist und nicht von der Gnade irgendeines Außenstehers ihr Leben fristet. Die Möglichkeit dazu ist vorhanden. Starke bürgerliche Parteien stehen in den Hunderttausenden, denen bisher das Schicksal ihres Landes am Wahltag gleichgültig war. Aber jetzt geht es ums Ganze. Wenn wir aus einem Verantwortungsbewußtsein in solchen Massen aufstehen, wie das italienische Volk unter der Festschneidung des Diktators, dann ist der rote Spuk verflohen. Dann wird der 12. Mai zum Beginn einer besseren Zeit.

Abchied Dr. Simons' aus Leipzig

Leipzig, 27. März. Heute nachmittags nahm der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, von den Mitgliedern des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht sowie den Beamten, Angehörigen und Arbeitern der Behörde im großen Festsaal der Dienstwohnung Abschied. Er gedachte dankbar des ersten Reichspräsidenten Ebert und des Reichsjustizministers Brüning, die ihn auf diesen Posten berufen hätten. Dann warf er einen Rückblick auf die Zeit seiner Amtsführung und dankte allen Mitarbeitern für das harmonische Zusammenwirken und die unermüdete Pflichttreue und hat die Anwesenden, ihm ein freundliches Andenken zu bewahren.

Im Namen der Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft sowie im Namen der Reichsanwälte beim Reichsgericht sprach der Senatspräsident Dr. Struckmann dem scheidenden Präsidenten hierauf den Dank aus für das, was dieser während seiner Amtszeit in überaus umfangreicher Tätigkeit für die Rechtspflege und das Reichsgericht getan habe. Sodann sprach in namens der Beamten, Angehörigen und Verwaltungsdienstleistungen des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft der Ministerialamtmann Franzen dem Präsidenten Dank aus.

Der amtliche Abschiedsfest war am Abend vorher ein Festessen vorausgegangen. Bei dieser Gelegenheit überreichte die Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und die Bibliothekare des Reichsgerichts eine gemeinsame Adresse, in der sie Dr. Simons aus Anlaß seines schmerzlichen empfindenen Scheidens vom höchsten Richteramt des Reichs den Ausdruck treuer Verehrung und dankbarer Anhänglichkeit darbringen und damit die herzlichsten Segenswünsche für sein Wohlergehen und seine fernere Lebensarbeit verbinden.

Schärfste Gegensätze bei den Sachverständigen

Einigung in der Hauptfrage nicht möglich

Paris, 27. März. Die Sachverständigen haben am Mittwoch ihre privaten Besprechungen über die deutsche Schuld fortgesetzt. Die Reparationskonferenz wird morgen vormittag 11 Uhr zu einer Volltagung zusammenreten. Es ist dies die letzte vor den Osterferien. Man rechnet mit einer Einigung in der Hauptfrage überhaupt nicht mehr. — Am Nachmittag verläßt die Mehrzahl der Sachverständigen Paris, um in ihre Heimat zu reisen. Reichsbankpräsident Schacht, dessen Familie zurzeit in Paris wohnt, wird nicht nach Deutschland zurückkehren. Er dürfte über die Ostersiege einen längeren Ausflug in Frankreich machen.

In sehr gut unterrichteten Kreisen werden die Aussichten der Sachverständigenverhandlungen für wenig günstig angesehen. Die entscheidende Frage der deutschen Gesamtleistung, die in den noch ungelösten Streitpunkten der Höhe und der Dauer der Jahresleistungen zum Ausdruck kommt, spitzt sich mehr und mehr auf die folgenden Tatsachen zu:

1. Die deutsche Delegation hat sich nicht bereitgefunden, Zahlen anzugeben, die über die im Versailler Vertrag festgelegte Frist wesentlich hinausgehen und die Deutschland aus der eigenen Wirtschaftskraft nicht leisten könnte.

2. Die Gegensätze unter den Kriegsschadigungsabhängigen, insbesondere was die Voraussetzungen Frankreichs für den sogenannten Wiederaufbau angeht, sind unvermindert geblieben.

Unter diesen Umständen scheint es zu keiner Annahme eines Einheitsaufsatzes in Paris zu kommen. Die Verhandlungskontakte der deutschen Sachverständigen wird, wie verlautet, von der Gegenseite insofern anerkannt, als die deutsche Delegation im Gegenzug zu den bisherigen politischen Delegationen für internationale Verhandlungen in aller Klarheit den Punkt aufweist, über den hinauszuweichen, sie nach ihrer fachlichen Überzeugung nicht alsbald verantworten zu können. Wenn die endgültige Vereinbarung des Reparationsproblems in Paris nicht zu erreichen ist, dann würde diese

Aufgabe wieder in die Hände der Politiker überzugehen haben.

Die Vertrauens- und unabhängiger Sachverständiger bedeutete eine bewusste Ausschaltung der politischen Verantwortung. Ein Standpunkt, der wohl von Deutschland voll akzeptiert wurde, den aber die Alliierten innerlich nie eingenommen haben. Für sie ist die Dames Revision in erster Linie immer noch ein politisches Problem. Wenn nunmehr die Sachverständigen nach mehrmonatiger Prüfung keinerlei Vereinbarungen vorschlagen vermögen, die wirtschaftlich auf Grund der deutschen Leistungsfähigkeit tatsächlich getragen werden können, die Verhandlungen aber hieran scheitern, so ergibt sich die Frage, ob es nicht die Art der Vorbereitung und Aufgabenteilung war, die die Bemühungen der deutschen Sachverständigen auf der Pariser Konferenz zum Scheitern verurteilte.

Politisierung der Konferenz

Immer schärfere Angriffe gegen Schacht

Berlin, 27. März. Unter der Überschrift „Politisierung der Konferenz“ berichtet der Pariser Sonderberichterstatter des „F. Z.“ u. a.: Heute haben die Angriffe der französischen Presse gegen Dr. Schacht noch erheblich an Schärfe zugenommen. Noch mehr als seit Beginn der Reparationskonferenz wurde eine drohende, unerschütterliche Haltung eingenommen. Man hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß die deutsche Delegation ihre Absicht auf der Basis der deutschen Leistungsfähigkeit finden möchte, daß es sich also bei ihr nicht um eine Frage des guten Willens, sondern um diejenige des geschäftlichen Verantwortungsbewußtseins handelt. Die bisherigen deutschen Leistungen werden nicht mit einem Worte erwähnt. Bisher war es vielleicht richtig, daß auf die Milliardenbeträge, die Deutschland während der letzten zehn Jahre bereits an die Alliierten abgeführt hat, offiziell von deutscher Seite nicht hingewiesen worden ist.

Jetzt aber sollte man sich einmal ernsthaft die Frage vorlegen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, diese faktische Zurückhaltung aufzugeben und der öffentlichen Meinung der Welt die roten deutschen Leistungen, die unsere weitere Zahlungsfähigkeit so stark beeinträchtigt haben, ins Gedächtnis zurückzurufen...

Die hier und da geäußerte Auffassung, daß die deutsche Delegation die Jahresleistungen in Höhe der Kriegsschuldabgaben festsetzen wolle, ist absolut irreführend. Ihre Kalkulationen beruhen, wie immer wieder betont werden muß, lediglich auf ihrer Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit und sie haben nichts mit dem Verteilungsschema der Empfängerländer zu tun.

Man muß die Reuebetonen der französischen Presse beachten, denn sie zeigen nur allzu deutlich, wie wenig sachverständig und wie wenig unabhängig sie aufgabenerfüllt die Atmosphäre der öffentlichen Meinung ist, auf die Delegierten der Gläubigerländer eine gewisse Rücksicht zu nehmen haben.

Die deutsche Industrie ein Spielzeug der Dollarmächte

Berlin, 27. März. In einer französischen Wirtschaftszeitung, dem „Exportateur Français“, finden sich folgende interessante Auslassungen: Indem die deutsche Industrie sich zum Zielpunkt der amerikanischen Kapitalien bei ihrer Durchdringung Europas gemacht hat, hat sie sich zu ihrem eigenen Schaden zum Spielzeug der Finanzmächte von Wall Street gemacht. Diese haben sich nicht nur die wichtigsten Rohstoffquellen auf dem Balkan, in Ungarn, Polen und in Rußland angeeignet, sondern es ist ihnen auch gelungen, über die besten Firmen Deutschlands die Kontrolle zu gewinnen. Was hat Deutschland dafür erhalten? Kredit, die es zum Teil in den Dameszahlungen verbraucht hat und die über London und Paris zurückgefließen sind in den Staatskassen von Washington. Stück für Stück verwandelt sich die internationalisierte Kriegsschuld in eine einzelne Kommerzelle Schuld, die die deutsche Industrie zu tragen hat und wodurch das amerikanische Kapital später einmal die ganze europäische Produktion zu kontrollieren hofft.

Die Wünsche des besetzten Gebietes

Oberpräsident Fuchs über die Besatzungslasten

Koblenz, 27. März. Die heute vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, der Öffentlichkeit übergebene Denkschrift über die besetzten preussischen Gebiete weist einleitend auf die Folgen hin, die die Errichtung von Zollgrenzen gegen Luxemburg und das Saargebiet und der Wegfall von Elsaß-Lothringen als Absatzgebiet für die Rheinprovinz hatte. Der von Reich und Staat zur Verfügung gestellte Grenzfonds von rund 12 Millionen Mark hat sich im Verhältnis zu der Länge der Grenze und zur Größe der Not nur wenig auswirken können. Hierzu kommt die Absenkung des Preisen und der Erträge vom besetzten Gebiet infolge des Verfalls der Warenpreise, der unvermeidlichen Besatzungswirtschaftsnot und der

ausgebliebenen Revision der Ordnungen.

Die Arbeiter können infolge der Rückwirkungen der ersten Besatzungsjahre mit der Entwicklung im übrigen Deutschland nicht Schritt halten. Die Gemeinden haben durch die Verheerungen des Landes und die Vernichtung des Wald- und Viehbestandes seitens der Besatzung ungenügend gelitten. Die Landwirtschaft leidet unter Absatzlosigkeit bei gesunkenem Exportertrag. Der Weinbau wird nicht nur durch den Wegfall der Garnisonen und den Rückgang des Fremdenverkehrs, sondern auch durch die Erhöhung der Frachtkosten und die Einschränkung des Auslandsab Absatzes betroffen. Die Industrie weilt in zahlreichen Zweigen einen Rückgang der Produktion und der Beleglasten auf. Die allgemeine schlechte Lage der kulturellen Verhältnisse ist eine Folge der schlechten Wirtschaftslage.

Oberpräsident Dr. Fuchs bezeichnet als Ziel der Denkschrift, daß es nicht nur darauf ankomme, dem

besetzten Gebiet die durch die Besatzung unmittelbar aufgebürdeten Lasten zu erlassen, sondern das besetzte Gebiet sollte, daß seiner durch die politischen Ereignisse hervorgerufenen außerordentlichen Notlage durch

eine umfassende Betreuung

Rechnung getragen würde. Die Betreuungsmassnahmen sollen in ein besonderes System gebracht werden, das von einem höheren staatspolitischen Ziel aus geleitet wird. Insbesondere sollen alle Gebiete des öffentlichen Lebens eine besondere Förderung erfahren, in erster Linie das Schulwesen. Die Denkschrift schlägt ferner wirtschaftliche Hilfsmassnahmen vor, die jedoch nur nach Maßgabe der verfügbaren Mittel durchgeführt werden können, insbesondere den Bau von Eisenbahnen, Massnahmen zugunsten des Winterstandes, weitere finanzielle Betreuung des besonders betroffenen Saargrenzgebietes, sowie eine gezielte Fürsorge für das kochende Wirtschaftsgebiet.

Osterferien des Reichskabinetts

Berlin, 27. März. Reichskanzler Müller hat, da sein Gallenleiden einen ernstlicheren Charakter angenommen hat, als man ursprünglich voraus, einen Spezialurlaub als ärztlichen Ratgeber hinzugesogen, und zwar hat er sich an Professor Rönneke gewandt, der auch den Reichsaussenminister Dr. Stresemann ständig behandelt. Inzwischen hat das Reichskabinett offiziell Osterferien gemacht. Ein Teil der Minister ist verreiselt und die Kabinettsarbeiten ruhen bis nach den Feiertagen. Der Reichspräsident v. Hindenburg wird die Ostersiege in Berlin verbringen.

Die Trocki-Opportunisten arbeiten weiter

Deke mit geheimen Flugblättern

Berlin, 27. März. Der Sowjet des nach Trocki benannten russischen Bezirkes „Trocki“ beschloß, die Stadt und den Bezirk künftig Radonogardjeß zu nennen, und forderte zugleich alle Städte, Dörfer und Fabriken, die nach Trocki benannt sind, auf, diesem Beispiel zu folgen, um dadurch zu unterstreichen, daß Trocki ein gegenrevolutionärer Verräter an der Sowjetunion und dem Bolschewismus sei. Trocki aller Verbote und trotz härtester Verfolgung arbeitet aber die Trockistische Opposition als illegale Partei weiter.

Die Erbitterung und Empörung der Trockianhänger ist besonders stark, weil die Parteiliste die Machtmittel des Staates rücksichtslos gegen die eigenen Klassen- und Parteilassen einsetzt, weil sie führende Gestalten der Revolution und des Bürgerkrieges wegen ihrer abweichenden Meinung über die Politik der Parteiliste ohne viel Federlesens in die Justizhäuser wirft. Flugblätter, die in Geheimdruckereien hergestellt werden, sind klein, leicht zu verbergende Zettel, die von Hand zu Hand gegeben werden. Sie tragen durchweg die Aufforderung:

„Bes und als weiter.“

In einem dieser Flugblätter wird u. a. ausgeführt: „Genossen! Unmittelbar nachdem der Führer der Oktoberrevolution, Genosse Leo Trocki, den Weisheitsrat zur Abrechnung ausgeliefert wurde, hat ein wildes Gerücht über die besten Ehre des Proletariats, die Bolschewisten-Zentriken, die Varietier der Oktoberrevolutionen begonnen. Es Bolschewisten-opportunisten wurden hinterlistig in das Zohosler Zucht- und gebracht. Den Angehörigen der Gefangenen, ihren Genossen aus den Fabriken und Werken wurde gesagt, die Verhafteten seien verstorben worden. Den Verhafteten selbst erklärte man, sie würden auf Befehl der GPU verurteilt. Danach brachte man sie ins Zuchtgefängnis. Die Forderung, ihnen warme Kleidung oder wenigstens Bekleidung zu geben, blieb unberücksichtigt. Auch die Schwerkranken werden so behandelt.“

Die gefälschten Borah-Dokumente in Berlin

Berlin, 27. März. Die Dokumentenfälscheraffäre Drifff und Genossen ist insofern in ein neues Stadium eingetreten, als dieser Tage aus Amerika die gefälschten Borah-Dokumente eingetroffen sind und nun mit dem bei Drifff von seinen Freunden beschlagnahmten Material verglichen werden. Bisher haben sich aus dieser Untersuchung der zehn verschiedenen Schriftstücke keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Senator Borah kompromittierenden Fälschungen ebenfalls in Berlin hergestellt worden sind. Man nimmt vorläufig noch immer an, daß

diese Fälschungen in Paris erfolgt

sind. Um weitere Feststellungen zu treffen, will man sich von Berlin aus mit dem zurzeit in Italien weilenden seinerzeitigen Vorsitzenden des Senatsuntersuchungsausschusses, Senator Reed, in Verbindung setzen, um von ihm die Namen derjenigen russischen Agenten zu erfahren, mit denen er in dieser Sache in Paris verhandelt hat. Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß jetzt konkrete Behauptungen aufzutauchen, wonach Gumanzi einem Vertrauten gegenüber auch

die Herstellung des berühmten Sinowjewbriefes durch die Freunde Drifffs bestritten

und alle Einzelheiten dieser Aktion geschildert habe. Ein Helfer Drifffs, ein gewisser Pokrowski, der in Riga tätig war, habe den Sinowjewbrief zunächst entworfen. Die interessierten englischen Stellen hätten das Manuskript begutachtet und dann sei von Riga aus die ganze Aktion mit dem bekannten Erfolg durchgeführt worden.

Ein italienischer Seefischer gesunken

London, 27. März. Wie aus Shanghai gemeldet wird, ist der italienische Seefischer „Mugala“ auf der Fahrt von Amoy nach Shanghai auf ein Riff und sank. Die Besatzung wurde gerettet.